

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/204

Bonn, den 6. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-------|--|--------|
| 1 - 2 | <u>Gesichtspflege macht kein Profil</u> Vor dem 3. Kulturkongreß der CDU/CSU | 82 |
| 2a | <u>In Bedrängnis geraten</u> In der Zone wird gefragt: Warum nicht auch wir ? | 22 |
| 2a | <u>Ministerwechsel als Ausweg ?</u> Unionsparteien auf verzweifelter Suche nach neuen Männern | 23 |
| 3 | <u>Hessens Tagesheimschulen bewähren sich</u> Sie bieten nicht nur soziale Hilfe, sondern auch neue pädagogische Möglichkeiten | 45 |
| 4 - 5 | <u>Kriegsdienstverweigerer in der "DDR"</u> Ein Verdienst der evangelischen Kirche. Von Christian Hansen | 53 |
| 5 | <u>Aufschlußreiche Erfahrungen</u> Auch in den USA zählte sich "harter" Wahlkampf nicht aus | 24 |

Gesichtspflege macht kein Profil

Vor dem 3. Kulturkongreß der CDU/CSU

sp - "Die Unionsparteien sind verpflichtet, für die Bundesrepublik ein kulturpolitisches Konzept zu entwickeln und durchzuführen...". Diese Empfehlung der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom April 1964 blieb bis heute ein frommer Wunsch. Die von Kultusminister Mikat auf dem CDU-Parteitag im März 1964 vorgebrachte Forderung an die CDU, "positive Entwürfe und Modelle" und "konkrete Vorschläge zur Bewältigung kulturpolitischer Tagesfragen zu entwickeln", weil sich "politische Parteien nur durch positive Strukturen profilieren", ist bis heute nicht erfüllt, die Unionsparteien nach wie vor ohne kulturpolitisches Profil. Wer sich über die Haltung der CDU/CSU zu bildungspolitischen Fragen zu informieren wünscht, kann zwar eine Unzahl von Äußerungen einzelner Politiker und eine Reihe unverbindlicher "Empfehlungen" kulturpolitischer Kongresse und Arbeitskreise registrieren, ein kultur- oder bildungspolitisches Programm aber, das der Politik dieser Parteien verbindliche Maßstäbe setzte, wird er vergeblich suchen. Eine in diesen Tagen veröffentlichte Broschüre zur Kulturpolitik der CDU/CSU offenbart diesen Mangel sehr deutlich.

Vollzug einer Schönheitsoperation?

Am 9. und 10. November findet der 3. Kulturpolitische Kongreß der CDU/CSU in Hamburg statt. Ganz offensichtlich ist damit die Absicht verbunden, das in der letzten Zeit besonders stark angeschlagene kulturpolitische Ansehen dieser Parteien einer Schönheitsoperation zu unterziehen. Ohne besonders boshaft zu sein, sind jedoch diese Bemühungen solange als Versuche am untauglichen Objekt zu bezeichnen, als man sich dabei wiederum auf vage Gemeinplätze und unverbindliche persönliche Bekenntnisse beschränkt. Die Öffentlichkeit zweifelt nicht an den rhetorischen Fähigkeiten von CDU-Ministern. Ganz sicher wird auch Bundeskanzler Erhard die Gelegenheit für große Worte benutzen. Angesichts des Umstands, daß die Unionsparteien sowohl im Bund als auch in der Mehrzahl der für die Kulturpolitik zuständigen Landesregierungen die Verantwortung tragen, bleibt aber selbst das glühendste Bekenntnis zum kulturpolitischen Fortschritt so unglaubwürdig wie bisher, solange diese Parteien der Öffentlichkeit nicht präzise sagen, was sie in ihrem Verantwortungsbereich zu tun und zu lassen gedenken.

"Anti-Mikat-Liga"

Es ist nicht zu leugnen, daß es auch in der CDU/CSU Kulturpolitiker gibt, die in Richtung Zukunft denken. Professor Mikat zum Beispiel hat hervorragenden Anteil an der Formulierung jener Berliner Erklärung der Kultusministerkonferenz, die ein Bekenntnis zur Notwendigkeit neuer Zielvorstellungen in der Bildungspolitik und zur Erprobung neuer Entwicklungslinien des Schulwesens ablegt. Es wurde und wird deshalb und wegen seiner für einen CDU-Kulturpolitiker über-

raschend aufgeschlossenen Haltung zur Förderstufe, zur Gymnasial- und Landschulreform wie zu vielen anderen, bisher mit den harten Bandagen ideologischer Auseinandersetzung ausgefochtenen, Streitfragen aus den Reihen seiner eigenen Partei heftig kritisiert. Man wirft ihm vor, ins Schlepptau sozialdemokratischer Vorstellungen geraten zu sein. Seine beiden Amtsvorgänger als Kultusminister in Nordrhein-Westfalen, Christine Teusch und Werner Schütz, sammeln eine "Anti-Mikat-Liga" im Lande. Kann Professor Mikat unter solchen Umständen als Repräsentant der CDU-Kulturpolitik gewertet werden? Die Diskussionen in Hamburg werden darüber - hoffentlich - Aufschluß geben.

Gegensätze

Da es sich um einen Kulturkongreß beider Unionsparteien handelt, wird man bei dieser Gelegenheit hoffentlich auch erfahren, ob es einen gemeinsamen Nenner für die schulpolitischen Vorstellungen des neuernannten Kultusministers in Bayern und die Absichten derjenigen geben kann, die die CDU/CSU vom Odium eines Bremsklotzes der bildungspolitischen Entwicklung befreien wollen. Das kürzlich der Süddeutschen Zeitung gegebene Interview des Dr. Ludwig Huber hat jedenfalls deutlich gemacht, daß dieser Minister nicht daran denkt, aus der von den Länderchefs kürzlich beschlossenen Neufassung des Düsseldorfer Abkommens zur Vereinheitlichung des Schulwesens irgendwelche Konsequenzen für das bildungspolitisch rückständigste Land der Bundesrepublik zu ziehen.

Aus den Entwicklungsmöglichkeiten, die dieses Abkommen vorsichtig genug eröffnet, ist mir den Worten Dr. Hubers für das bayerische Schulwesen "nichts herzuleiten". Die Erhöhung der Förderstufe wie auch die Möglichkeit, die bestehenden Schultypen besser aufeinander abzustimmen, sind für Dr. Huber bestenfalls Konzessionen an fortschrittliche Entwicklungen in sozialdemokratischen Ländern, keineswegs aber Schritte zu einem von allen Kultusministern angestrebten Ziel. Da Professor Mikat offensichtlich andere Vorstellungen über den Wert und die Verbindlichkeit von gemeinsamen Beschlüssen aller Kultusminister hat, Dr. Huber aber in Hamburg als das kulturpolitische As der CSU präsentiert werden soll, darf die Möglichkeit einer gemeinsamen kulturpolitischen Konzeption der Unionsparteien füglich bezweifelt werden.

Wie die Dinge liegen, scheint die bildungspolitische Entwicklung von diesem Kongreß keine neuen Impulse erhalten zu sollen. Das ist mißlich. Denn die von großen Worten gespenstisch kaschierte totale Konzeptionslosigkeit vermag auch den politischen Gegner nicht zu erfreuen, wenn die nächste Generation dafür zu bezahlen hat.

In Bedrängnis geraten

sp - Die Machthaber in Pankow sind in arge Bedrängnis geraten. Sie sehen sich einer Flut von Fragen ausgesetzt, die zu beantworten nur durch eine Verdrehung der Wahrheit möglich ist. Warum dürfen nur die Rentner in die Bundesrepublik einreisen und nicht auch wir? fragen viele junge Leute die SED-Funktionäre. Was sie als Antworten zu hören bekommen, stellt alles auf diesem Gebiet Gewohnte auf den Kopf. Die Sorgen um die Wohlfahrt und die Sicherheit der jungen Menschen, so ließ sich das SED-Organ "Neues Deutschland" vernehmen, habe die "DDR"-Regierung bewogen, die Ausreiseerlaubnis nur auf die Rentner zu beschränken, da diese weniger Schikanen, Verdächtigungen und Repressalien der westdeutschen Behörden ausgesetzt seien. Daraus dürfe laut "Neuem Deutschland" keineswegs geschlossen werden, die Ulbricht-Regierung habe kein Vertrauen zur Jugend Mitteldeutschlands. Welche Verlogenheit! Dem Pankow-Regime sitzt der Schock über die Massenflucht vor der Errichtung der Mauer noch in den Knochen. Wer so lügen muß, die eigene Jugend zu fürchten hat, muß auf schwachen Füßen stehen. Die mitteleuropäische Jugend, die solche Verdrehungskünste zu hören bekommt, wird es hohnlachend zur Kenntnis nehmen und sie wird auch weiter Fragen an das Regime und seine Träger richten. Die schlichte Wahrheit, daß, wer Jugend nicht hat, auch keine Zukunft hat, muß auf die Herren im Pankow recht bitter wirken.

+ + +

Ministerwechsel als Ausweg ?

sp - Ministerstürze und Wechsel in der Bundesrepublik gehören zu den Seltenheiten. Der erste Innenminister im ersten Kabinett Adenauer, Dr. Gustav Heinemann, verließ aus Gewissensgründen freiwillig die Regierungsbank, viele Jahre später gefolgt vom Justizminister Stammberger, aus Protest gegen die Eigenmächtigkeit des Herrn Strauß in der Spiegelaffäre. Die beiden Inhaber des Ministeriums für Vertriebene und Flüchtlinge, die Herren Oberländer und Krüger, mußten wegen allzu vieler brauner Flecken auf ihrer Weste gehen; - sie waren untragbar geworden. - Nun liegt, sollten sich Bonner Gerüchte in diesen Tagen bestätigen, ein neuer Ministerwechsel in der Luft, diesmal im Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, Bundesminister S c h w a r z ist amtsüde; er wird mit den Schwierigkeiten nicht mehr fertig, die sich unter dem Stichwort "europäischer Getreidepreis" bergeshoch erheben. Schwarz glaubte wohl in den Jahren seiner Amtsführung, dieses heiße Eisen werde von selbst abkühlen, auch hoffte er als rettenden Engel auf die Inflation in EWG-Staaten. Er wählte die Taktik des Abwartens. Damit brachte er sich und seine Regierung in ein schlimmes Dilemma. Die Dinge treiben jetzt der Entscheidung zu und es kann wohl geschehen, daß die Bonner Regierung den Schwarzen Peter zugeschoben erhält. Kapitulierte Schwarz, wer ist dann verdammt, sein Erbe anzutreten?

Bei Außenminister Schröder handelt es sich gewiß nicht, sollte es in den nächsten Monaten zu einem Rücktritt kommen, um einen freiwilligen. Viele wetzen heute schon die Dolche, bereiten seinen Sturz vor. Ein möglicher Nachfolger hat sich dieser Tage, wenn auch verklausiert, selbst empfohlen. Doch was immer auch für Überlegungen in dieser Richtung im Gange sind, den Unionsparteien werden sie kaum, ein Jahr vor der Bundestagswahl, zum Heile gereichen.

+ + +

Hessens Tagesheimschulen bewähren sich

Sie bieten nicht nur soziale Hilfe,
sondern auch neue pädagogische Möglichkeiten

H.B. - Schulpflichtige Kinder, deren Eltern berufstätig sind, führen als Schlüsselkinder häufig kein einfaches Dasein. Ihnen fehlt die harmonische Zerteilung des Tagesablaufs zwischen Schule und Elternhaus. Mit diesem Problem beschäftigen sich fortschrittliche Lehrer und Erzieher seit vielen Jahren. Auch die hessische Landesregierung, die 1956 als erstes Land der Bundesrepublik eine Tagesheimschule eröffnete, hat sich mit der Frage der Schlüsselkinder immer wieder befaßt. Heute laufen in Hessen bereits mehrere Versuche mit Tagesheimschulen - und zwar im Verband mit mehreren Schularten.

Der hessische Kultusminister, Prof. Dr. Ernst Schütte, hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Förderung der Tagesheimschulen in Hessen ausdrücklich bereits im Schulverwaltungs-gesetz vorgesehen ist. Dieser Schultyp ist in England, in den USA und auch in Schweden längst erfolgreich erprobt worden. Kinder berufstätiger Eltern, die das Glück haben, eine Tagesheimschule besuchen zu können, müssen nun nicht etwa den ganzen Tag "büffeln". Die Tagesheimschule bedeutet keineswegs einen ganztägigen Unterricht. Der Begriff "Heim" ist es, der nach den normalen Vormittagsstunden des Unterrichts den Kindern Inhalt und Geborgenheit vermitteln soll. Wenn schon nachmittags die eine oder andere Unterrichtsstunde angesetzt werden muß, so handelt es sich dabei um Sport, Werkunterricht oder Musik.

Sonst gehört der Nachmittag in der Tagesheimschule dem Kind, das dort seine Hausaufgaben selbständig erledigen muß. Die Freizeit kann je nach Neigung ausgenutzt werden. Natürlich wird in der Schule auch das Mittagessen eingenommen. Der obligatorische Mittagsschlaf dient der Erholung. Die Freizeitbeschäftigung ist durch Bildung von sogenannten Neigungsgruppen sinnvoll gesteuert.

Jedes Kind kann sich mit Sport, Spiel, Werken und Hobbies besonderer Art nach Lust und Laune beschäftigen. Im übrigen haben sich die Tagesheimschulen dem modernen Lebensrhythmus angepaßt. Einige der Schulen führen bereits die 5-Tage-Woche durch. Abends und zum Wochenende sind die Kinder in der Familie.

Mit der sozialen Hilfe, die die Tagesheimschule bringt, sind jedoch eine ganze Reihe neuer Erziehungsmöglichkeiten zu Tage getreten, die es verdienen, genannt zu werden. Sie ergeben sich aus der engeren Gemeinschaft der Kinder, die nicht nur während des Vormittags, sondern bis zum frühen Abend beisammen sind. Deshalb ist eine Tagesheimschule mehr als nur eine Unterrichtsanstalt, nämlich ein Hort der Lerngemeinschaft. Mit der Vermittlung von Wissen werden dort die Kinder über das persönlich engere Verhältnis zueinander, aber auch zwischen ihnen und den Lehrern, unkomplizierter in die "Gesellschaft" hineingeführt. Durch die intensive Kontaktpflege erfahren die Kinder einen positiv ausgenutzten Lernalltag.

Dazu ist noch zu sagen, daß auch die Tagesheimschulen in Hessen selbstverständlich die Lehr- und Lernmittelfreiheit haben. Die Eltern zahlen lediglich einen geringen Beitrag für die Tagesverpflegung des Kindes. Die hessischen Tagesheimschulen finden zur Zeit in allen Teilen des Bundesgebietes großes Interesse, da es sich in fast allen größeren Städten als wichtig und richtig erwiesen hat, einen ähnlichen Weg zu suchen.

Kriegsdienstverweigerer in der "DDR"

Ein Verdienst der evangelischen Kirche

Von Christian Hansen

Seit dem 1. September 1964 können sich wehrpflichtige Kriegsdienstverweigerer in der "DDR" legal vom Dienst mit der Waffe befreien lassen. Sie werden dann zu "Baeinheiten der Nationalen Volksarmee" einberufen, wo sie ohne Waffendienst im Rahmen der Armee eingesetzt werden.

Mit dieser Anordnung, die am 16. September von Walter Ulbricht im Gesetzblatt der "DDR" veröffentlicht worden ist, gibt es zum erstenmal in Mitteldeutschland einen Wehrersatzdienst. Die Anordnung enthält unter anderem diese Bestimmungen:

"Der Dienst in den Baueinheiten ist Wehrersatzdienst gemäß Paragraph 25 des Wehrpflichtgesetzes vom 24. Januar 1962. Er wird ohne Waffe durchgeführt."

"Die Baueinheiten haben die Aufgabe, Arbeitsleistungen im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen. Dazu gehören insbesondere: a) Mitarbeit bei Straßen- und Verkehrsbauten sowie Ausbau von Verteidigungs- und sonstigen militärischen Anlagen; b) Beseitigung von Übungsschäden; c) Einsatz bei Katastrophen."

"Zum Dienst in den Baueinheiten werden solche Wehrpflichtigen herangezogen, die aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen."

Diese Anordnung läßt erkennen, daß sich auch unter einer kommunistischen Diktatur immer wieder junge Menschen weigern, militärischen Waffendienst zu leisten. Dabei hatten die SED-Propagandisten seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der "DDR" der mitteldeutschen Jugend eingeimpft, die Verweigerung des Waffendienstes sei zwar in einem kapitalistischen Staat lobenswert, in einem kommunistischen Land jedoch nicht erlaubt. Ihre Begründung: Die Armee eines kommunistischen Staates diene nur dem Frieden.

Trotz aller Propaganda für die Erfüllung der Wehrpflicht hat es von Anfang an junge Männer in der "DDR" gegeben, die sich weigerten, für die "Nationale Volksarmee" eine Waffe in die Hand zu nehmen. Viele Kriegsdienstverweigerer wurden von der SED unter Druck gesetzt. Wenn sie dennoch auf ihrer Weigerung bestanden, blieben sie oftmals ungeschoren. Wahrscheinlich wollte das Regime keine Märtyrer aus den Reihen der Kriegsdienstverweigerer schaffen. Nachdem immer mehr junge Männer aus Mitteldeutschland flohen, um sich dem Dienst in der Armee zu entziehen, blieb der SED auf die Dauer nichts anderes übrig, als entweder mit aller Strenge gegen Wehrdienstverweigerer vorzugehen oder aber eine gesetzliche Möglichkeit zur Verweigerung des Dienstes mit der Waffe einzurichten.

Für die Möglichkeit der Waffendienstverweigerung in der "DDR" haben sich vor allem die evangelischen Kirchen und die unabhängigen Kriegsdienstverweigerer-Verbände der Bundesrepublik eingesetzt.

Trotzdem wird diese Anordnung Ulbrichts nicht das letzte Wort in der Diskussion um die Verwirklichung eines vollen Kriegsdienstverweigerungs-Rechts im SED-Staat sein. So begrüßenswert es ist, daß der Zwang, der bisher auf die Gewissen junger Wehrpflichtiger in der "DDR" ausgeübt wurde, geringer geworden ist, so deutlich sind die Einschränkungen, die die SED an dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung vorgenommen hat. Die Internationale der Kriegsdienstgegner in der Bundesrepublik hat deshalb bereits auf ihrem Bundeskongreß in Schweinfurt die Regierung Ulbrichts aufgefordert,

- den Wehrersatzdienst ohne militärische Aufgaben durchzuführen;
- das vorgesehene Gelöbnis zur Unterstützung der Verteidigungsbereitschaft durch gute Arbeitsleistung zu streichen;
- das Ausbildungspersonal der Baeinheiten nicht aus der Volksarmee zu nehmen.

+ + +

Aufschlußreiche Erfahrungen

Auch in den USA zahlte sich "harter" Wahlkampf nicht aus

G.P. - Nach übereinstimmendem Urteil haben auch die Wähler in den Vereinigten Staaten anlässlich der letzten Präsidentenwahl den von dem republikanischen Kandidaten Goldwater geführten "harten" Wahlkampf nicht honoriert. Im Gegenteil, es ist sogar anzunehmen, daß die Republikaner dort die größten Verluste erlitten, wo ihre Redner mit persönlichen Verunglimpfungen, angeblichen Skandalaffären und anderen mehr oder weniger anrüchigen Methoden Stimmen zu gewinnen versuchten. Die kurz vor der Wahl von den Republikanern hochgespielte Affäre eines persönlichen Sekretärs Johnsons, von der sich die Gegner des Präsidenten einen großen Erfolg erhofften, ist nach übereinstimmendem Urteil aller Beobachter des Wahlkampfes völlig verpufft. Trotzdem die Republikaner für die Publikation gerade dieser "Affäre" riesige Summen ausgegeben haben, ist die Kampagne ohne Wirkung geblieben. Wahlbeobachter behaupten sogar, die Republikaner hätten eine gegenteilige als die erhoffte Wirkung damit erzielt. Auch der Versuch der Republikaner, schon zu Beginn der Wahlkampagne die privaten Vermögensverhältnisse von Johnson zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen zu machen, ist im Ansatz stecken geblieben.

Es scheint sich also auch in den Vereinigten Staaten, wo man "harte" Wahlkämpfe gewohnt ist, in zunehmendem Maße die Einsicht durchzusetzen, daß lautes Schreien und die Verunglimpfung des Gegners kein Ersatz für eine konstruktive Politik sind.

+ +

+